

PRESSEKONFERENZ

DONNERSTAG, 4. FEBRUAR 2010

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer heutigen Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die derzeitigen Zinssätze sind nach wie vor angemessen. Unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 14. Januar 2010 verfügbar geworden sind, dürfte die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleiben. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet um den Jahreswechsel herum weiterhin expandierte. Mit Blick auf die Zukunft rechnet der EZB-Rat mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010. Der Erholungsprozess dürfte uneinheitlich verlaufen, und die Aussichten sind nach wie vor mit Unsicherheit behaftet. Die Ergebnisse der monetären Analyse bestätigen die Einschätzung eines mittelfristig geringen Inflationsdrucks. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Die jüngsten Daten bestätigen, dass die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet um den Jahreswechsel herum weiterhin expandierte. Das Eurogebiet hat von einer Wende im Lagerzyklus, einer Erholung der Exporte, den laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogrammen und den zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ergriffenen Maßnahmen profitiert. Diese Konjunkturprogramme werden jedoch mit der Zeit auslaufen, während die Wirtschaft gleichzeitig vom anhaltenden Prozess der Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor sowohl innerhalb als auch außerhalb des Euroraums beeinträchtigt werden dürfte. Darüber hinaus wirkt sich die niedrige Kapazitätsauslastung wahrscheinlich dämpfend auf die Investitionen aus, und es dürfte einen weiteren leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Eurogebiet geben, wodurch sich das Wachstum der Konsumausgaben verringert. Aus diesen Gründen wird für das Jahr 2010 ein nur moderates Wachstum der Wirtschaft des Euroraums erwartet, und der Erholungsprozess könnte uneinheitlich verlaufen.

Der EZB-Rat ist nach wie vor der Auffassung, dass die Risiken für diesen Ausblick weitgehend ausgewogen sind. Einerseits könnte das Vertrauen stärker zunehmen als zuvor angenommen, und sowohl die Weltwirtschaft als auch der Außenhandel könnten sich schneller erholen als projiziert. Des Weiteren könnten die laufenden umfangreichen gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprogramme sowie andere wirtschaftspolitische Maßnahmen stärkere Auswirkungen als erwartet haben. Andererseits bestehen weiterhin Bedenken bezüglich einer im Vergleich zu den Erwartungen stärkeren oder länger andauernden negativen Rückkopplung zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor, erneuter Preissteigerungen bei Öl und sonstigen Rohstoffen, sich verstärkender Protektionismusbestrebungen sowie der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so stieg die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Euro-Währungsgebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Januar 2010 weiter an, und zwar auf 1,0 %, verglichen mit 0,9 % im Dezember 2009.

Auf kurze Sicht dürfte die Inflation bei rund 1 % liegen und über die geldpolitisch relevante Frist moderat bleiben. Es wird erwartet, dass die Preis-, Kosten- und Lohnentwicklung analog zu einer langsamen Erholung der Nachfrage im Eurogebiet wie auch in der übrigen Welt insgesamt nach wie vor gedämpft verläuft. In diesem Zusammenhang gilt es zu betonen, dass die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert sind, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf diese Aussichten sind nach wie vor weitgehend ausgewogen. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Konjunktur und der Rohstoffpreise. Zudem könnten indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden als derzeit angenommen.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so blieb die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Dezember 2009 mit -0,2 % negativ. Zugleich belief sich das jährliche Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor auf null. Diese Daten stützen weiterhin unsere Einschätzung, dass die Grunddynamik der monetären Expansion moderat und der Inflationsdruck auf mittlere Sicht gering sein dürften. Die tatsächliche Geldmengenentwicklung dürfte aufgrund des Abwärtsdrucks, der vom relativ steilen Verlauf der Zinsstrukturkurve ausgeht, schwächer ausfallen als die monetäre Grunddynamik. Was die nähere Zukunft anbelangt, so dürften das M3- und das Kreditwachstum noch für einige Zeit schwach bleiben.

Die derzeitige Zinskonstellation übt weiterhin einen starken Einfluss sowohl auf die Höhe als auch auf die Zusammensetzung des jährlichen Wachstums der Geldmenge M3 aus. Zum einen fördert die niedrige Verzinsung kurzfristiger Bankeinlagen die Umschichtung von Mitteln aus M3 in längerfristige Einlagen und Wertpapiere. Zum anderen bedeutet die geringe Zinsdifferenz zwischen verschiedenen kurzfristigen Einlagen niedrige Opportunitätskosten für die Haltung

der liquidesten Komponenten von M1, die im Dezember mit einer robusten Jahresrate von mehr als 12 % weiterhin stiegen.

Das Nullwachstum der Jahreswachstumsrate der Bankkredite an den privaten Sektor spiegelt einen erneuten Anstieg des Wachstums der Kredite an private Haushalte wieder, während die jährliche Zuwachsrate der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften stärker ins Negative rutschte. Diese Divergenz steht nach wie vor mit typischen konjunkturellen Verlaufsmustern im Einklang. Die anhaltende Verringerung der bestehenden Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ist weiterhin vollständig auf eine kräftige Nettotilgung von Krediten mit kurzer Laufzeit zurückzuführen. Betrachtet man den Sektor insgesamt, so ist der allgemeine Rückgang möglicherweise zum Teil die Folge einer Substitution durch marktbasierende Finanzierungsquellen.

Da Wendepunkte bei der Nachfrage nach Bankkrediten der konjunkturellen Entwicklung in der Regel mit zeitlicher Verzögerung folgen, dürfte das Kreditwachstum in den kommenden Monaten schwach bleiben. Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet für das Schlussquartal 2009 sind die realen Kosten der Außenfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen weiter gesunken, und die Kreditrichtlinien wurden per saldo abermals weniger stark verschärft als im vorangegangenen Berichtszeitraum. Zudem haben die Banken ihre Bilanzsummen in den vergangenen Monaten weiter verringert. Dabei stehen sie weiterhin vor der Herausforderung, den Umfang und die Struktur ihrer Bilanzen anzupassen und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Krediten für den nichtfinanziellen Sektor sicherzustellen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, sollten die Banken die verbesserten Finanzierungsbedingungen zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nutzen und gegebenenfalls die staatlichen Stützungsmaßnahmen hinsichtlich der Rekapitalisierung voll ausschöpfen. Dies ist wichtig, um vor allem Unternehmen, die keinen Zugriff auf marktbasierende Finanzierungsquellen haben, den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die derzeitigen Leitzinsen der EZB nach wie vor angemessen sind. Unter Berücksichtigung aller Informationen und Analysen, die seit unserer Sitzung am 14. Januar 2010 verfügbar geworden sind, dürfte die Preisentwicklung über die geldpolitisch relevante Frist gedämpft bleiben. Die jüngsten Daten haben außerdem bestätigt, dass die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet um den Jahreswechsel herum weiterhin expandierte. Mit Blick auf die Zukunft rechnet der EZB-Rat mit einem moderaten Wachstum der Wirtschaft des Eurogebiets im Jahr 2010. Der Erholungsprozess dürfte uneinheitlich verlaufen, und die Aussichten sind nach wie vor mit Unsicherheit behaftet. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt die Einschätzung eines mittelfristig geringen Inflationsdrucks. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird. Die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Wir werden unsere erweiterten Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe an das Bankensystem fortsetzen, dabei aber die anhaltende Verbesserung der Finanzmarktbedingungen berücksichtigen und Verzerrungen vermeiden, die sich aus der Aufrechterhaltung von Sondermaßnahmen über einen zu langen Zeitraum ergeben. Der EZB-Rat wird Anfang März über die Fortführung der allmählichen Rücknahme von außerordentlichen Liquiditätsmaßnahmen, die nicht im gleichen Maße wie in der Vergangenheit benötigt werden, entscheiden. Die bereitgestellte Liquidität wird bei Bedarf abgeschöpft, um jeglicher Gefahr für die Preisstabilität auf mittlere bis längere Sicht effektiv entgegenzuwirken. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so sind viele Länder des Euroraums mit hohen und stark zunehmenden Haushaltsungleichgewichten konfrontiert, die zu weniger günstigen mittel- und langfristigen Zinssätzen und einer geringeren privaten Investitionstätigkeit führen könnten. Darüber hinaus stellen hohe staatliche Defizite

und Schuldenstände eine zusätzliche Belastung für die Geldpolitik dar und schwächen den Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grundpfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion. Vor diesem Hintergrund ist es von höchster Bedeutung, dass in den Stabilitätsprogrammen der einzelnen Euro-Länder klar definierte finanzpolitische Ausstiegs- und Konsolidierungsstrategien für die kommende Zeit verankert werden. Die Länder sind verpflichtet, ihre Zusagen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit einzuhalten. Die Konsolidierung der Staatshaushalte sollte spätestens 2011 beginnen und deutlich über den jährlichen Konsolidierungsrichtwert von 0,5 % des BIP hinausgehen, der im Stabilitäts- und Wachstumspakt als Mindestanforderung festgelegt ist. Dabei sollten vor allem Ausgabenreformen im Vordergrund stehen.

Um ein nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, kommt es vor allem darauf an, **Strukturreformen** zu beschleunigen, da die Finanzkrise die Produktionskapazitäten unserer Volkswirtschaften beeinträchtigt hat. An den Gütermärkten sind Maßnahmen zur Verstärkung von Wettbewerb und zur Förderung von Innovationen dringend geboten, um Umstrukturierungen und Investitionen zu beschleunigen und neue Geschäftsmöglichkeiten zu schaffen. An den Arbeitsmärkten sind eine moderate Lohnsetzung, effektive Arbeitsanreize und ein hinreichendes Maß an Arbeitsmarktflexibilität erforderlich, um eine deutlich höhere strukturelle Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren zu vermeiden. Schließlich sollte auch eine angemessene Umstrukturierung des Bankensektors eine wichtige Rolle spielen. Gesunde Bilanzen, ein wirksames Risikomanagement und transparente, robuste Geschäftsmodelle sind von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Stärkung der Schockresistenz der Banken und somit um die Schaffung der Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität geht.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.